

Satzung

über die Entschädigung der ehrenamtlich tätigen Angehörigen der Feuerwehr

(Feuerwehr-Entschädigungssatzung - FwES)

Der Gemeinderat der Gemeinde Plankstadt hat am 20.05.2019 aufgrund von § 4 der Gemeindeordnung für Baden-Württemberg in Verbindung mit § 16 des Feuerwehrgesetzes Baden-Württemberg folgende Satzung beschlossen:

§ 1

Entschädigung für Einsätze

- (1) Die ehrenamtlich tätigen Angehörigen der Gemeindefeuerwehr erhalten für Einsätze, mit Ausnahme der Einsätze nach § 1 Absatz 3 auf Antrag einen Verdienstausfall als Aufwandsentschädigung in tatsächlicher Höhe.
Bei Vorliegen einer Freistellung nach § 1 Absatz 1 Satz 1 FwG kann der Angehörige der Gemeindefeuerwehr seine Ansprüche nach Satz 1 an seinen Arbeitgeber rechtsgeschäftlich abtreten, wenn dieser zur Vereinfachung des Abrechnungsverfahrens den von ihm gezahlten Lohn unmittelbar bei der Gemeinde anfordert.
- (2) Für Auslagen wird eine Aufwandsentschädigung wie folgt gewährt:
- | | |
|--------------------------------------|-----------|
| - für die ersten vier Stunden | 8,00 EUR |
| - von mehr als vier bis acht Stunden | 16,00 EUR |
| - von mehr als acht Stunden | 24,00 EUR |
- (3) Die ehrenamtlich tätigen Angehörigen der Gemeindefeuerwehr erhalten für die Durchführung der Brandsicherheitswache nach § 2 Absatz 2 Nummer 2 FwG auf Antrag ihre Auslagen und ihren Verdienstausfall als Aufwandsentschädigung als Festbetrag in Höhe von 10,- EUR/Stunde ersetzt. Der gleiche Betrag wird für Sonderdienste wie z.B. TÜV, Elektroprüfungen u.ä. auf Anweisung des Kommandanten/Stellvertreters als Auslagenersatz gewährt.
- (4) Der Berechnung der Zeit ist die Dauer der tatsächlichen zeitlichen Inanspruchnahme (gerechnet ab dem Zeitpunkt der Alarmierung bis zur Wiederherstellung der Einsatzbereitschaft einschließlich angeordneter Ruhezeiten) zugrunde zu legen.
Angefangene Stunden werden auf halbe Stunden aufgerundet.
- (5) Dauert ein Einsatz über vier Stunden, hat der Angehörige der Gemeindefeuerwehr Anspruch auf einen als Aufwandsentschädigung gewährten Erfrischungszuschuss (§ 16 Absatz 1 Satz 4 FwG) als Baraufwendung, soweit dieser nicht beim Einsatz in Naturalien gewährt wird.
- (6) Wird bei Einsätzen die Kleidung eines Feuerwehrangehörigen außergewöhnlich verschmutzt, werden die nachgewiesenen Reinigungskosten ersetzt.

§ 2

Entschädigung für Aus- und Fortbildungslehrgänge

- (1) Für die Teilnahme an Aus- und Fortbildungslehrgängen wird auf Antrag als Aufwandsentschädigung für:
 - a) Verdienstausfall gemäß § 1 Abs. 1 ersetzt,
 - b) Auslagenersatz gemäß § 1 Abs. 2 gewährt.
- (2) Der Berechnung der Zeit ist die Dauer des Aus- und Fortbildungslehrgangs vom Unterrichtsbeginn bis – ende zugrunde zu legen.
Angefangene Stunden werden auf halbe Stunden aufgerundet.
- (3) Bei Aus- und Fortbildungslehrgängen außerhalb des Gemeindegebietes erhalten die ehrenamtlich tätigen Angehörigen der Gemeindefeuerwehr neben der Entschädigung nach Abs. 1 eine Erstattung der Fahrkosten der zweiten Klasse oder bei Benutzung des eigenen Kraftfahrzeuges eine Wegstrecken- und Mitnahmeentschädigung in entsprechender Anwendung des Landesreisekostengesetzes in seiner jeweiligen Fassung, sofern nicht von Dritten eine Erstattung erfolgt.

§ 3

Zusätzliche Entschädigung

Die nachfolgend genannten ehrenamtlich in der Aus- und Fortbildung tätigen Angehörigen der Gemeindefeuerwehr, die durch diese Tätigkeit über das übliche Maß hinaus Feuerwehrdienst leisten, erhalten eine zusätzliche Entschädigung im Sinne des § 16 Absatz 2 FwG als Aufwandsentschädigung für Übungsleiter:

Kommandant	2.100,00 Euro/Jahr
Stv. Kommandant	1.252,00 Euro/Jahr
Jugendfeuerwehrwart	536,80 Euro/Jahr
Leiter/-in Jugendfeuerweher	250,00 Euro/Jahr
Leiter/-in Kinderfeuerwehr	250,00 Euro/Jahr

Die nachfolgend genannten ehrenamtlich tätigen Angehörigen der Gemeindefeuerwehr, die durch andere Tätigkeiten als in der Aus- und Fortbildung über das übliche Maß hinaus Feuerwehrdienst leisten, erhalten neben der Entschädigung nach Absatz 1 eine zusätzliche Entschädigung im Sinne des § 16 Absatz 2 FwG als Aufwandsentschädigung:

Kommandant	300,00 Euro/Jahr
Gerätewart	759,60 Euro/Jahr
Stv. Gerätewart	400,00 Euro/Jahr
Atemschutzgerätewart	759,60 Euro/Jahr
Stv. Atemschutzgerätewart	400,00 Euro/Jahr
Schriftführer	600,00 Euro/Jahr
IT-Team	150,00 Euro/Jahr
S 4	150,00 Euro/Jahr
Helfer Gerätewart	150,00 Euro/Jahr
Kassier	150,00 Euro/Jahr

§ 4

Entschädigung für haushaltsführende Personen

- (1) Personen, die keinen Verdienst haben und den Haushalt führen (§ 16 Abs. 1 Satz 3 Feuerwehrgesetz), erhalten für das Zeitversäumnis innerhalb der üblichen Arbeitszeit als Verdienstausschlag eine Entschädigung von 20,- EUR pro Stunde.
Dies gilt sowohl für Einsätze als auch für Aus- und Fortbildungslehrgänge.
Für die Auslagen gelten analog die §§ 1 Abs. 2 und 4 und 2 Abs. 3.
- (2) Selbständige, als ehrenamtlich tätige der Gemeindefeuerwehr erhalten für das Zeitversäumnis innerhalb der üblichen Arbeitszeit, bei Einsätzen und für Aus- und Fortbildungsveranstaltungen eine Aufwandsentschädigung von 30,00 €/Stunde. Der Tageshöchstsatz beträgt 240,00 €.

Für Auslagen gelten die Regelungen der §§ 1 Abs.2 und 2 Abs. 3 entsprechend.

§ 5

Antrag

Als Anträge im Sinne dieser Satzung gelten die durch den jeweiligen Angehörigen der Gemeindefeuerwehr eingereichten und unterzeichneten Nachweise über die Teilnahme an Einsätzen, Lehrgängen, Sitzungen und dergleichen, bzw. Nachweise, die den Verdienstausschlag und die Auslagen dem Grunde und der Höhe nach belegen.

§ 6

Freiwilligkeitsleistungen

Die Gemeinde hat die Möglichkeit, den ehrenamtlich tätigen Angehörigen der Gemeindefeuerwehr finanzielle Unterstützung, insbesondere zur Erholung, Aufrechterhaltung und Wiederherstellung ihrer persönlichen Leistungsfähigkeit zu gewähren (vgl. § 16 Absatz 7 FwG).

§ 7

Inkrafttreten

Diese Satzung tritt am 01.01.2019 in Kraft.

Zum gleichen Zeitpunkt tritt die bisherige Feuerwehr-Entschädigungssatzung, welche am 01.01.2002 in Kraft getreten war, außer Kraft.

Hinweis:

Eine etwaige Verletzung von Verfahrens- oder Formvorschriften der Gemeindeordnung Baden-Württemberg (GemO) oder aufgrund der GemO erlassenen Verfahrensvorschriften beim Zustandekommen dieser Satzung wird nach § 4 Abs. 4 GemO unbeachtlich, wenn sie nicht schriftlich innerhalb eines Jahres seit der Bekanntmachung dieser Satzung gegenüber der Gemeinde geltend gemacht worden ist; der Sachverhalt, der die Verletzung begründen soll, ist zu bezeichnen.

Dies gilt nicht, wenn die Vorschriften über die Öffentlichkeit der Sitzung, die Genehmigung oder die Bekanntmachung der Satzung verletzt worden sind.